



Eva Mensching (28) mit Tochter Lena. Als die Kleine im März 1984 geboren wurde, wollte die junge Frau ihre Muttermilch auf Dioxine untersuchen lassen. Weil das Niedersächsische Sozialministerium die 2 000 Mark teure Untersuchung nicht zahlen wollte, stillte sie Lena nach vier Monaten ab.
Fotos: Ingrid Lundberg

Sondermüllplatz schon seit 25 Jahren ein Ärgernis

Schon seit den 60er Jahren wird in der Sondermülldeponie Münchhagen eingelagert. 1972 schloß die Bezirksregierung die sogenannte Altdeponie. Vier Jahre später kaufte die Gesellschaft für Sondermüll (GSM), die über die Teerbau in Osterode zur Rüttgers AG in Essen gehört, das Gelände neben der Altdeponie. Die Bezirksregierung erteilte der GSM eine Plangenehmigung für einen neuen Polder.

Dieser Polder IV wurde ausgehoben, Grube III derweil mit rund 320 000 Tonnen Sondermüll gefüllt. Am 21. April wurde die Deponie per einstweiliger Anordnung geschlossen, um dort nach

den vermißten Seveso-Fässern zu suchen. Noch bevor Münchhagen wieder geöffnet wurde, zog die Stadt gegen die Deponie vor Gericht. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg fand Formfehler im Genehmigungsverfahren für Polder IV und urteilte, dieser sei „rechtlich nicht vorhanden und illegal ausgehoben“.

Seitdem liegt die Deponie brach. Am 12. August dieses Jahres meldete die Betreiberfirma GSM beim Amtsgericht Stolzenau Konkurs an. GSM-Geschäftsführer Otto Möhring befand damals: „Mit der Deponie ist keine müde Mark mehr zu verdienen.“



Angst herrschte unter den Bürgern Münchhagens, als vor einigen Jahren dieses Waldstück – gleich neben Polder I – abstarb. Bauern berichteten in derselben Zeit von erhöhtem Kälber- und Kuhsterben auf ihren angrenzenden Weiden.

richtete dieser Tage, daß zwischen Ems und Elbe gegenwärtig etwa 520 Teichbesitzer im Haupt- oder Nebenerwerb mit Süßwasserfischen handeln. Sie verkaufen in jeder

25.10.88

Stadt Rehburg: Land soll Giftgruben ausheben

rl. Rehburg-Loccum

Der Rehburger Gemeinderat hat das Land Niedersachsen aufgefordert, die Giftmülldeponie Münchehagen, die auf dem Gebiet der Stadt Rehburg-Loccum (Kreis Nienburg) liegt, ausheben und ihren gefährlichen Inhalt sicher einlagern zu lassen. In einer am Mittwochabend einstimmig gefaßten Entscheidung wird die Stadtverwaltung gleichzeitig beauftragt, diese Forderung notfalls gerichtlich durchzusetzen. Der Gemeinderat reagierte damit auf die alarmierenden Dioxinaustritte aus dem Polder II in den benachbarten Polder IV auf dem Deponiegelände. Die Stadt fordert darüber hinaus von den Behörden, daß sie das Abrutschen der Dichtungswände an den Poldern verhindern solle, aus denen an mindestens zwei Stellen ölige, dioxinhaltige Flüssigkeiten ausgesickert sind. Auf der Ratssitzung sagte der Rehburger Stadtdirektor Krüger, die Fachbehörden, die für die Überwachung der Deponie zuständig sind, seien ratlos. Die Behörden verfügten über kein Konzept zur Sicherung der Deponie.

Inzwischen sind die Leiter der Fachbehörden und die ehemaligen Betreiber der Deponie von mehreren Verbänden und Privatpersonen angezeigt worden. Auch die Landtagsfraktion der Grünen stellte Strafantrag. Die Fraktion behauptete, in Münchehagen seien verbotenerweise 110 Tonnen hochgradig dioxinhaltiger Restsäuren der Firma Boehringer (Hamburg) eingelagert worden.

25.10.86



Sonderratssitzung des Stadtparlamentes Rehburg-Loccum am Mittwochabend: Der Saal ist mit Zuschauern überfüllt. Ein Beleg für das große Interesse an den Vorgängen auf der Sondermülldeponie Münchehagen. In den Bürgerfragen tauchte Besorgnis auf. Foto: Reckleben

Rehburg-Loccum fordert Konzept über Zukunft der Sondermülldeponie Münchehagen:

Aufklärung und Maßnahmen zuständiger Behörden notfalls per Gericht erzwingen

Landtagsfraktion der Grünen erstattet Strafanzeige / Kein Dioxin im Wasser von Polder IV b

Nienburg / Rehburg-Loccum / Petershagen (re/dil). Um künftig besser über die Vorgänge auf der Sondermülldeponie Münchehagen informiert zu werden und etwaigen Schaden von der Bevölkerung abzuwehren, will der Stadtrat von Rehburg-Loccum einen jetzt beschlossenen Forderungskatalog notfalls unter Einschaltung von Gerichten gegen die Aufsichtsbehörden der Deponie durchsetzen. Die niedersächsische Landtagsfraktion der Grünen erstattete gestern wegen Freisetzung von Giften, Verunreinigung eines Gewässers und umweltgefährdender Abfallbeseitigung Strafanzeige gegen die Deponiebetreiber und Aufsichtsbehörden. Die Grünen fordern Rücktritte der Verantwortlichen. Im Petershager Rathaus atmete man gestern auf: Es ist voraussichtlich kein Dioxin in Polder IV, von wo wochenlang Wasser in die Ilk gepumpt wurde.

Die Landtagsfraktion der Grünen behauptet, daß in Münchehagen 1950 Kubikmeter dioxinhaltige Flugasche aus der Hamburger Müllverbrennungsanlage Borsigstraße sowie mindestens 110 Tonnen hochgradig dioxinhaltiger Säure der Hamburger Boehringer-Werke eingelagert sind. Ihre beim Oberlandesgericht Celle erstattete Strafanzeige richtet sich auch gegen die ehemaligen Deponiebetreiber Gesellschaft für Sondermüll Münchehagen (GSM) und Borstinghaus & Stentzel. Die Grünen sprechen von menschenverachtendem Verhalten und fordern den Rücktritt der politischen Führung in den beteiligten Kontroll- und Umweltbehörden.

Notfalls per Gericht will nun der Rehburg-Loccumer Stadtrat gegen die Behörden vorgehen, von denen er sich bisher unzureichend informiert fühlt. In der nach den Dioxin-Funden einberufenen Sondersitzung des Stadtrates wurde am Mittwoch einstimmig beschlossen, auf dem von der Bezirksregierung verfügten Recht der Stadt darauf zu bestehen, das Betreten der Deponie zu gestatten und vom Betriebsbeauftragten die notwendigen Auskünfte zu erhalten.

Darüber hinaus fordert der Stadtrat Rehburg-Loccum von den zuständigen Fachbe-

hörden über bisherige Einlagerungen und Sicherungsmaßnahmen ebenso umfassend unterrichtet zu werden wie über alle künftigen die Sondermülldeponie betreffenden Fragen. Maßnahmen zur Sicherung der Polderwände gegen Einstürzen, Abrutschen und Abspülen sowie zur Abdichtung von Austrittsöffnungen in den Polderwänden dürfen laut Ratsbeschluss erst ergriffen werden, wenn die dioxinhaltigen Alagerungen auf dem Boden von Polder IV restlos entfernt und einer sachgerechten Beseitigung zugeführt worden sind.

Ein Überpumpen des schadstoffbelasteten Wassers aus Polder IV in Polder IVb darf, so fordert der Rat, nicht erfolgen. Sollte ein Leerpumpen des Polders IV aus Sicherheitsgründen notwendig werden, ist das Wasser bis zum Abtransport in anderen Behältern zwischenzulagern. Dieses Überpumpen zu verhindern, ist auch Gegenstand eines Antrags der Stadt Petershagen auf Einstweilige Verfügung, über den das Verwaltungsgericht Hannover bis gestern noch nicht entschieden hatte. Es hat inzwischen jedoch den Landkreis Nienburg um Stellungnahme hierzu gebeten.

Im Forderungskatalog des Rehburg-Loccumer Stadtrates stehen ferner: Ein Kon-

zept für die endgültige Sicherung des Deponiegebietes gegen jeglichen Schadstoffaustrag, der Schutz des Petershager Trinkwassergewinnungsgebietes Ilse und der Ilse sowie das Auskoffern der gesamten Deponie. Außerdem möchte man die Frage geklärt wissen, ob Rehburg-Loccum auch über 1986 hinaus von der Abfall- und Abwasserbeseitigungspflicht für die Deponie befreit bleibt. Ende 1986 läuft nämlich die bisher ausgesprochene Befreiung aus.

Bürgermeister Heinrich Bullmahn kündigte an, daß der Rat sich auf andere Expertisen nicht mehr verlassen werde. Deshalb stellte der Rat in den Haushalt 1986 gleich 50 000 Mark ein, um gegebenenfalls von unabhängigen Gutachtern Proben auf der Deponie nehmen und untersuchen zu lassen. Von der Münchehager Initiative „Bürger gegen Giftmüll“, mit einer Stimme im Rat vertreten, wurde die Forderung in den Beschluß aufgenommen, daß alle zukünftigen Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen von einer unabhängigen Expertenkommission erarbeitet und beaufsichtigt werden. Hierbei sei Eile geboten.

Die Stadt Petershagen erhielt gestern vom Fresenius-Institut Nachricht, daß in den am Dienstag in Polder IV b und am Vorfluterausgang genommenen Wasserproben weder Dioxin noch Fupane enthalten seien. Ergebnisse der Untersuchung auf andere Schadstoffe stehen noch aus. In Peilbrunnen des Wasserwerkes Ilse sollen sicherheitshalber weitere Proben zur Untersuchung entnommen werden.

Die Beratungen der Bezirksregierung mit den Fachbehörden aus Hildesheim und Sulingen sowie dem Landkreis Nienburg wurden auch gestern fortgesetzt.